

Abg. H. Becker war der Auffassung, der Kreis solle sich die Freiheit erhalten, die Aktien zu einem beliebigen Zeitpunkt zu veräußern, was im Falle einer längerfristigen Bindung durch ein Optionsgeschäft nicht mehr möglich wäre. Daher werde die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Kreiskämmerer Ganseuer erklärte, nach den aktuellen Angeboten bestehe die Möglichkeit, das Optionsgeschäft mit einer nur einjährigen Laufzeit abzuschließen und dabei nur die Aktien einzubringen, die im Haushaltssicherungskonzept für 2007 ohnehin zum Verkauf vorgesehen seien. Bei einer Anzahl von bis zu 200.000 Aktien und einer Optionsprämie von derzeit 1,65 € je Aktie ergebe sich ein erheblicher finanzieller Vorteil.

Abg. J. Becker sagte, aus seiner Sicht mache das Optionsgeschäft Sinn, wenn man genau die Anzahl Aktien in ein einjähriges Optionsgeschäft gebe, die im nächsten Jahr zum Verkauf anstünden. Natürlich müsse man sich bewusst sein, dass ein Restrisiko für den Fall eines überproportional steigenden Aktienkurses bestehen bleibe.

Abg. Hartmann teilte mit, die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Geschäft zustimmen, da es sich um Aktien handele, die ohnehin für den Verkauf vorgesehen seien und der Zeitraum von einem Jahr überschaubar sei. Er erwarte im Hinblick auf die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung keine übermäßigen Kurssteigerungen innerhalb des nächsten Jahres.

Kreiskämmerer Ganseuer formulierte sodann die zu fassende Beschlussempfehlung und wies darauf hin, dass er heute noch keine endgültigen Konditionen nennen könne, weil es sich um Stundenkonditionen handele. Diese würden zur Sitzung des Kreistages aktuell abgefragt, damit dann ein entsprechender Beschluss gefasst werden könne. Aus diesem Grunde müsse die Höhe der Optionsprämie noch offen bleiben.

B.-Nr. 52/06 Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

„Dem Abschluss eines Optionsgeschäftes der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH - RSVG- mit der Kreissparkasse Köln, West LB oder Deutsche Bank wird unter der Voraussetzung einer Laufzeit von einem Jahr, einem Basispreis von mindestens 120 % des aktuellen Kurses sowie möglichst unter Vermeidung einer Gewerbesteuerpflicht (d.h. bis zu 200.000 Stück Aktien) zugestimmt. Die Höhe der Optionsprämie wird rechtzeitig vor der Beschlussfassung im Kreistag bekannt gegeben.

Der stimmberechtigte Vertreter in der Gesellschafterversammlung der RSVG wird angewiesen, dem Optionsgeschäft unter den vorgenannten Konditionen zuzustimmen.“

Abst.- Erg.: **Einstimmig, Enthaltung B.90/GRÜNE**